

EVP-Nationalrätinnen

Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22
Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht Nr.27 / Frühling 2017

Liebe Leserinnen und Leser

Gerne berichten wir wieder möglichst sachlich über Geschäfte und Themen, die uns EVP-Nationalrätinnen in der ersten Session dieses Jahres wichtig waren und Sie hoffentlich interessieren werden. Danke an dieser Stelle für alle Ermutigungen und wohlwollenden Feedbacks. Aber auch für aufbauende und weiterführende Kritik und Hinweise sind wir dankbar.

Es wird Sie nicht wundern, wenn wir in diesem Sessionsbericht die Altersreform 2020, DAS Legislaturgeschäft, in den Vordergrund rücken, dessen spannender Höhepunkt am Donnerstag, 16. März erreicht wurde mit dem Warten im mäuschenstillen NR-Saal auf folgendes Bild:



IN DIESEM BERICHT:

Reform Altersvorsorge.....	2
Beiträge an Eltern für die Pflege	3
Geldspielgesetz.....	4
Pariser Klimaabkommen.....	5
UNRWA Mittelkürzung?.....	5
Gemässigte Imame gegen Radikalisierung.....	6
Fehlgeborene, neue Rechtslage.....	6
Ernährungssicherheit CH.....	7
In eigener Sache.....	7

Links zur Website der EVP Schweiz und Informationen zur nationalen Politik:

www.evppev.ch

<https://www.parlament.ch/de>

Parlamentarische Vorstösse EVP Nationalrätinnen:

[Maja Ingold >>>](#)

[Marianne Streiff >>>](#)

Reform Altersvorsorge 2020, der Endspurt

Die Behandlung der für die Bevölkerung vielleicht wichtigsten Vorlage dieser Legislatur fand in einer straffen Differenzbereinigung zwischen Nationalrat und Ständerat statt, nachdem jeder Rat sich im letzten Jahr schon einmal mit einem ersten Durchgang positionierte. Das ambitionöse Programm für diese Session lautete: Differenzbereinigung im Plenum NR, Zwischensitzung SGK s (vorberatende Kommission Ständerat); 2. Differenzbereinigung SR; Zwischensitzung SGK n; Einverständnis NR und Ausräumung der Differenzen oder Einigungskonferenz, gefolgt von GesamtAbstimmung über Reform AV 2020.

Materiell ging es um das Konzept Ständerat versus Konzept Nationalrat (Kompensation von Rentenkürzung in der 2.Säule oder auch in der AHV). Streitpunkt 70Fr. mehr AHV + Ehepaarplafond 155% versus Ausgleich der Reduktion des Umwandlungssatzes nur in der 2. Säule durch die Abschaffung des Koordinationsabzuges. Und: Interventionsmechanismus in dieser Vorlage ja oder nein (Automatismus Rentenaltererhöhung) und damit verbunden MwSt-Erhöhungsbetrag. Dazu kamen jede Menge nicht matchentscheidende Anträge wie Witwen- und Waisenrenten, Frührentenionierungserleichterung.

Stationen der Debatte:

Bulletin nach dem NR-Plenum: Fronten unter der Bundeshauskuppel verhärtet, Dogmatisierung fortgeschritten, beide Lager hielten eisern fest und betonten ihre roten Linien (Linke: ohne die 70Fr. nein, Bürgerlicher Block: mit den 70Fr. nein!). Gewonnen hat das NR-Konzept mit FDP/SVP/ glp. Dass der Konfrontationskurs in dieser Phase ausgeprägt ist, heisst noch nichts über die Chancen der Einigungskonferenz. Hinter den Kulissen läuft die Suche nach Kompromissen.

Nach SR-Plenum: Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern mit persönlichen Mails und selbst unter Kollegen des Rates hört man immer häufiger: Scheitern wäre besser. Z.B. eine Zuschrift: „Im Interesse der Schweizer Bevölkerung hoffe ich, dass die Vorlage der «Rentenreform 2020» bei der Schlussabstimmung im Parlament scheitern wird. Haben Sie den Mut und versenken Sie das ganze Reformpaket oder «Flickwerk». Die «Rentenreform 2020» löst keine Probleme, sondern sie schafft einige neue.“ Der ursprüngliche Konsens aller Parteien, diese Reform nicht scheitern zu lassen, bröckelt gefährlich.

Taktische Spiele: Die Seite NR, die vorher auf allen Forderungen beharrte, wechselte alle Pferde aus ausser einem, dh. lenkte bei allen Anträgen ein, verzichtete, passte sich der Seite SR an, „baute ihr eine Brücke“ ausser in einem ihr wichtigsten Punkt, den 70 Fr.. Mit dieser Spiessumkehrung erhöhte sie den Druck auf die andere Seite, sich nun auch zu bewegen, entgegenzukommen. Und noch mehr: „Wenn Sie (Mitelinks) sich nicht zu Kompromissen entschliessen können, dann werden Sie schuld sein am Scheitern der ganzen Vorlage im Parlament!“ Entsprechend ist die Ausgangslage für die Einigungskonferenz.



Das Gremium setzt sich aus je 13 Mitgliedern der vorberatenden Kommissionen der beiden Räte zusammen. Sie haben es in der Hand mit 14 Mitgliedern „für“ das SR-Modell, dieses zur Endfassung zu bringen. Damit nutzen sie ihre Macht. Das Risiko, damit im NR zu scheitern ist deshalb gross, und mit der Dominanz der Macht schafft man sich auch zweifelhafte Wertschätzung in der Öffentlichkeit. Die EVP steht weiterhin zum Ständeratsmodell als das besser verträgliche in einer Volksabstimmung, auch wenn die Generationentauglichkeit nicht erfüllt ist. Aber keine Variante trägt den späteren Generationen genug Rechnung. Dem ganzen Glaubenskrieg und zunehmend dem Machtspiel indes steht die EVP kritisch gegenüber.

Nach der Einigungskonferenz: die neue und letzte Fahne liegt vor zur letzten Debatte vor der Schlussabstimmung. Zur Sanierung unserer Vorsorgewerke gibt es entweder den AHV-Zustupf von 70Fr./Monat und Person, oder es gibt sie gar nicht. CVP und SP haben sich mit dem „Ständeratsmodell“ durchgesetzt. Nun geht es darum, zu einer soliden Ja-Mehrheit noch einige Stimmen zu gewinnen. Sie könnten von der glp oder von den Landwirten in FDP und SVP kommen. Wenn nicht, stürzt die ganze Vorlage ab, im gemeinsamen Wissen, dass nur etwas teurer wird als der teils vehement bestrittene AHV-Zuschlag, nämlich gar keine Reform.

Antrag der Einigungskonferenz im Plenum Nationalrat: Nie ist in all den Jahren die Spannung und der Druck grösser gewesen, ob die erforderlichen 101 Stimmen des qualifizierten Mehrs zustande kommen werden. Bundesrat Berset's Rede ist von einer fast beklemmenden Eindringlichkeit. Der Atem wird angehalten beim Abstimmungsbild - es sind genau 101 Ja-Stimmen!

Und die Schlussabstimmung am Ende der Session bestätigte den Entscheid. Ein gut eidgenössischer Kompromiss? Ein Sieg von Mittelinks? Das Volk wird das letzte Wort haben im September.

Höhere Beiträge an Eltern für die Pflege ihrer schwerkranken oder behinderten Kinder

Ebenfalls in dieser Session hat nach dem Nationalrat nun auch der Ständerat einer Gesetzesänderung zugestimmt, die es ermöglicht Eltern, die ein schwerkrankes oder schwerbehindertes Kind zu Hause pflegen mit höheren Beiträgen zu entschädigen. Dafür hat sich die EVP seit jeher eingesetzt. Angestossen wurde das Geschäft 2012 mit einer parlamentarischen Initiative Joder. In der Schlussabstimmung im Nationalrat wurde mit 197 zu 0 Stimmen die Änderung des Invalidenversicherungsgesetzes, endlich beschlossen.

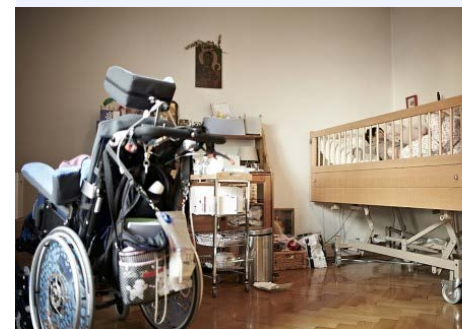
Auszüge der Rede von BR Alain Berset zur AHV-Reform im Nationalrat:

.....Nous contribuons toutes et tous, avec notre profonde connaissance du pays, au débat, avec ses enjeux. Mais à la fin des débats, - et nous y sommes, c'est maintenant -, je crois vraiment que l'on peut dire que tout, absolument tout, a été mis sur la table; tout a été décortiqué, disséqué, analysé. Il ne subsiste pas de zones d'ombre.....

....Die Altersvorsorge muss an die gesellschaftliche Entwicklung angepasst werden. Das wird in der Tat nur teilweise gemacht. Die Erhöhung des Rentenalters der Frauen ist ein Teil dieser Anpassungen an die Entwicklung der Gesellschaft. Aber der Bundesrat wollte mehr, mit Anpassungen bei den Witwen- und bei den Waisenrenten. Beide Räte wollten das - schon vor der Einigungskonferenz - nicht.....

....Le Conseil fédéral m'a invité à vous rappeler l'importance cruciale de ce projet pour le pays, pour notre Suisse, pour le peuple, pour l'économie et pour la stabilité de nos institutions. C'est la raison pour laquelle nous vous invitons à accepter le projet et, ainsi, à donner à la population, dans notre démocratie directe, la possibilité de débattre et de décider.....

.....C'est le sens même de la démocratie, c'est le sens même d'un Parlement bicaméral, et c'est le sens même de nos institutions que de permettre l'élaboration d'un compromis. Nous estimons que si le projet qui est sur la table ne correspond pas exactement à ce que nous voulions, il respecte les grandes lignes et les décisions qui, aujourd'hui, à l'égard du pays et des enjeux, sont nécessaires.....



Geldspielgesetz: die Ausweitung des Marktes erfordert auch mehr Sozialschutz

„Die Casinobranche erringt einen grossen Sieg!“ titelte der Tagesanzeiger das Resultat der engagierten Debatte. In der Tat, diese Vorlage war von Anfang darauf hin darauf angelegt, das Geldspiel auszuweiten und mehr Erträge für die Casinobranche zu generieren, was grundsätzlich nicht im Sinne der EVP ist. Dass der Staat mitverdient und mehr mitverdienen will und deshalb im Wettbewerb mit anderen Standorten die Geldspielindustrie ankurbelt, ist trotz Bemühungen im Sozialschutz und der Prävention höchst problematisch. Deshalb haben wir Nationalrätinnen EVP ein gebrochenes Verhältnis zur Vorlage, auch wenn uns die gemeinnützigen Beiträge aus den Erträgen wichtig sind.

Das Geldspielgesetz löst den Zielkonflikt nicht, dass der Nutzen des Geldspiels für Kultur, Sport und Soziales aus der Spielsucht generiert wird. Je mehr ungebremste Spielsüchtige, desto mehr Geld für AHV und gemeinnützige Anliegen, die die öffentliche Hand nicht finanziert. Jede Ausweitung des Geldspiels hat zur Folge, dass sich spielsuchtgefährdete Personen einem grösseren Angebot ausgesetzt sehen. Es ist die Pflicht des Staates, die Spielsucht und deren Bekämpfung ernster zu nehmen.

Unbestritten war deshalb für die EVP, alle Artikel zu unterstützen, die die Prävention, den Sozialschutz, die Bekämpfung der Spielsucht und ihrer Folgen substanziell stärken. Leider ohne Erfolg. Schwieriger war der Entscheid, den Spielbankenmarkt zu fördern mit der Möglichkeit, in Zukunft auch Onlineangebote zu lancieren mit exklusiven Konzessionen aber nur für Schweizer Spielcasinos. Die Abschottung von ausländischen Anbietern soll mit Netzsperrungen geschehen, die offensichtlich problemlos umgangen werden können. Dieser Tabubruch der Sperrung von Websites und damit der ausgeprägte Protektionismus löste heftige Diskussionen aus. Von einer Seite inklusiv Bundesrat als unabdingbarer Schutz beschrieben, wollte die Gegnerschaft statt dieses Abschottungsmodells ein offenes Online-Konzessionsmodell mit Sozialschutz- und Steuerabgabeverpflichtung für alle Anbieter. Das würde den Schwarzmarkt austrocknen, böte für viel mehr Spieler Sozialkonzepte und würde am Ende erst noch mehr Erträge generieren. Da dieses zukunftsweisende Modell aber im Gesetz gar keine konkrete Gestalt gewann, beruhten die Wirkungen auf Annahmen. NR Flach beschrieb es als die Taube auf dem Dach. Man entschied sich dagegen für den Spatz in der Hand, allerdings halt um die gierigen Nutzniesser der Erträge zufriedenzustellen und damit mehr Sicherheit für Steuerabgaben zu bekommen. Die EVP hätte den Bundesrat gerne mittels einer Rückweisung mit der Entwicklung von einer echten zukunftsgerichteten Alternative beauftragt, was aber abgelehnt wurde. So blieb nur, „den Spatz in der Hand“ wenigstens gut auszugestalten. Das Gesetz wurde mit 130 : 54 Stimmen beschlossen und geht in die nächste Runde beim Ständerat.



Pariser Klima-Abkommen

Mit dem Übereinkommen von Paris haben sich erstmals praktisch alle Länder zum Klimaschutz verpflichtet. Von den 194 Unterzeichner-Staaten haben 127 das Übereinkommen bereits ratifiziert, darunter China, die USA und die EU. Mit der Zustimmung des Parlaments kann auch die Schweiz ratifizieren. Dazu lag dem Nationalrat diese Vorlage vor, die gleichzeitig die Absicht der Schweiz enthält, die Treibhausgasemissionen bis 2030 gegenüber 1990 um 50 % zu senken (inkl. Massnahmen im Ausland über Emissions-Zertifikate). Die Schweiz steht als Vertragsstaat der UNO-Rahmenkonvention über Klimaänderungen seit über 20 Jahren hinter dem nun konkretisierten Ziel, den für die Menschheit gefährlichen Klimawandel zu vermeiden. Der Nationalrat stimmte der Genehmigung des Übereinkommens mit 123 : 62 Stimmen zu. Aber nach überaus hitziger Debatte um diese 50% (es gab einen Antrag auf nur 40%), aber auch viel grundsätzlicher um die Rechtfertigung des Klimaschutzes überhaupt. Sind doch in unserem Parlament auch engagierte Leugner des globalen Klimawandels. Mehrere SVP-Vertreter stellen den Beitrag der Menschheit am Klimawandel infrage. NR Köppel: „Wie erklären Sie mir, dass in der Antike zur Zeit des römischen Reiches die Temperaturen in Europa viel höher waren als heute? Ich glaube, es gab auch Phasen im Mittelalter, wo es viel wärmer war. Meines Erachtens waren dort der Autoverkehr und auch die Absonderung von Aerosolen aus Spraydosen noch nicht ganz so hoch wie heute.“ Und NR Glarner war mehr als skeptisch: „Das Waldsterben hat sich als gigantische Lüge erwiesen. Wie können Sie, Herr G. uns jetzt garantieren, dass wir nicht einem gigantischen Klimaschwindel aufsitzen?“ Schlussendlich ergab sich doch eine klare Mehrheit für das Emissionsreduktionsziel und Bundesrätin Leuthard war erleichtert, dass sich die Schweiz doch nicht die Peinlichkeit leistete, das Klima-Abkommen abzulehnen, nachdem 133 Staaten das Übereinkommen ohne Abstriche ratifiziert hatten.

Keine Mittelkürzung auf Kosten der verletzlichsten Flüchtlinge

Marianne wollte vom Bundesrat wissen, ob es Konsequenzen haben wird, dass Lehrpersonen des UNO-Palästinenserhilfswerks UNRWA wiederholt ihrem Antisemitismus freien Lauf liessen. Die Schweiz zahlt jährlich rund 25 Millionen Franken an das UNO-Hilfswerk und finanziert damit unter anderem die Trinkwasserversorgung in Flüchtlingslagern im Libanon. Der Bundesrat erklärt, dass die jüngsten Vorfälle bereits untersucht würden und erwartet, dass die UNRWA aus den Untersuchungsergebnissen entsprechende disziplinarische Massnahmen ergreift. Er sieht jedoch davon ab, die Mittel der Schweiz für die UNRWA zu kürzen. Das Hilfswerk leistet einen wesentlichen Beitrag zur humanitären Entwicklung in der Region, in der die palästinensischen Flüchtlinge die verletzlichsten Menschen sind. Allein das Erziehungsprogramm der UNRWA er-

Auswirkungen des Klimawandels auf die Schweiz

Als kleines Land, das nur 0,1% zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt, hat die Schweiz nur einen begrenzten Einfluss darauf, wie sich das globale Klima in den nächsten Jahrzehnten entwickeln wird. Die Auswirkungen dürfte unser Land aber besonders stark zu spüren bekommen. Dass die Schweiz besonders empfindlich auf die Klimaveränderungen reagiert, zeigt sich bereits heute.

Der Bund setzt auf das CO₂-Gesetz. Mit der 2008 erlassenen CO₂-Abgabe auf Brennstoffen für Unternehmen stellt er die Finanzierung des Klimaschutzes sicher. Aus dem Topf der CO₂-Abgabe bedient der Bund ausserdem mehrere Programme zur Förderung klimafreundlicher Projekte und Technologien. (Gebäudeprogramm, Optimierung Gebäudetechnik, Technologiefonds zur Innovationsförderung, Darlehen an Unternehmen, die innovative Projekte und Verfahren entwickeln). Die zukünftige Ausgestaltung des Gesetzes und der Übergang von Subventionen zu Lenkungsabgaben sind indes stark umstritten.



öffnet einer halben Million junger Flüchtlinge neue Perspektiven und verhindert deren Radikalisierung. Gerade um extremistische Gewalt zu verhindern, wäre eine Kürzung der Mittel deshalb kontraproduktiv.

Gemässigte Imame sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen

Im Postulat von Maja wird der Bundesrat gebeten, in einem Bericht Massnahmen der Ausbildungsvoraussetzungen für Imame aufzuzeigen, die vor islamistischer Missionierung schützen und stattdessen das Integrationspotenzial der Imame nutzen im Umgang mit Jugendlichen in ihren muslimischen Gemeinschaften.

Erzkonservative Prediger, meist von ihren Herkunftsländern finanziert, verbreiten in Schweizer Moscheen eine Version des Islam, die kaum mit Schweizer Werten vereinbar sind. Die Import-Imame kennen oft weder die hiesigen Gepflogenheiten noch die Bedürfnisse einer Gemeinde. Es braucht deshalb Lehrgänge für islamische Geistliche, theoretisch und auch praktisch, weil die Imame Schlüsselfiguren und Multiplikatoren sind für ein gelingendes Zusammenleben zwischen den Religionen. Es sind die religiösen Betreuungspersonen, die allfällige Radikalisierung bremsen oder vorantreiben können.

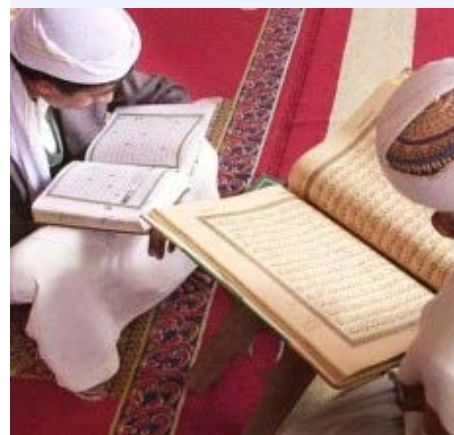
Punkto Imamausbildung ist die Schweiz jedoch Brachland. Während Österreich es den Muslimen nicht mehr erlaubt, zur Finanzierung von Moscheen und Imamen ausländische Quellen anzuzapfen, wäre eine flächendeckende Kontrolle der Finanzströme der meist als Vereine organisierten Schweizer Moscheen kaum praktikabel. Deshalb ist eine Lösung über die Ausbildungsvorgaben zu suchen. Das Postulat wurde vom Bundesrat angenommen, von der SVP jedoch bekämpft, in der Behandlung im Rat aber zuletzt mit 90 : 87 Stimmen überwiesen.

[Votum Maja zur Begründung](#)

Fehlgeburten: Bundesrat will Eltern die Trauerarbeit erleichtern

Vor mehr als zwei Jahren hatte Marianne ein Postulat zur «Verbesserung der Rechtslage für Totgeborene» ein. In der Schweiz werden nach Artikel 9 Absatz 2 der Zivilstandsverordnung des Bundes Fehlgeburten und Totgeburten unterschieden. Für fehlgeborene Kinder, also Kinder, die zur Zeit der Geburt zu jung oder zu leicht waren ist die Rechtslage unbefriedigend, ja ungerecht. Und damit auch für die Eltern solcher Kinder. Namentlich in Bezug auf den Mutterschaftsurlaub sowie die Deckung der Spitalkosten im Vergleich mit Eltern lebender Kinder oder von Totgeburten. Der Bundesrat befürwortete in seinem am Ende der Sessionswoche verabschiedeten Bericht das Anliegen, dass Eltern bei einer Fehlgeburt in Zukunft die Möglichkeit haben sollen, die Geburt beim Zivilstandsamt im Personenstandsregister eintragen zu lassen.

Eine Eintragung im Register kann die Trauerarbeit der Eltern erleichtern



Aus Sicht der EVP ebenfalls erfreulich: Mit 192 zu 4 Stimmen verabschiedete der Nationalrat in der Schlussabstimmung die Änderung des Krankenversicherungsgesetzes, mit der Familien und junge Erwachsene weniger Krankenkassenprämien zahlen müssen.

und dazu beitragen, die kantonalen und kommunalen Formalitäten rund um eine allfällige Bestattung zu vereinfachen. Die Möglichkeit dazu wird nun im Rahmen bereits laufender Projekte geschaffen.

EVP unterstützt Gegenvorschlag für Ernährungssicherheit

Der Gegenvorschlag des Ständerats zur Volksinitiative "Für Ernährungssicherheit" des Bauernverbandes kommt vors Volk. Der Nationalrat ist der kleinen Kammer gefolgt und hat das umfassende Konzept zur Stärkung der Ernährungssicherheit deutlich mit 173 zu 7 bei 11 Enthaltungen gutgeheissen.

Die EVP Schweiz unterstützt den Gegenvorschlag. Sprecher von Links bis Rechts hielten dem Gegenvorschlag zugute, dass er auf die gesamte Wertschöpfungskette ausgerichtet sei, "vom Feld bis zum Teller".

Die EVP hält den Ansatz des Gegenvorschlags für sinnvoll, ein umfassendes Gesamtkonzept für die Ernährungssicherheit in die Verfassung aufzunehmen. Dazu gehören neben der Sicherung des Kulturlandes vor allem auch eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion sowie eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft. Der Schweizer Bauernverband hat seine Initiative zugunsten des Gegenvorschlags zurückgezogen.

„Dichtestress“ beim Sessionsprogramm

541 Verhandlungsgegenstände wurden in dieser Frühlingsession abgearbeitet, davon

117 persönliche Vorstösse der Ratsmitglieder.

170 Stunden Parlamentsdebatten alleine für das Geschäft der Altersreform 2020 hat BR A. Berset gezählt, seit es im Parlament diskutiert wird.

Die hier aufgeführten Summen lassen erahnen, welche zeitlichen Ressourcen es für ein Parlamentsmitglied braucht, um auch nur einigermaßen seriös vorbereitet zu sein; um zu wissen und zu verstehen was die Inhalte, das Ziel und die Konsequenzen jedes einzelnen Geschäftes sind. Und dann vor allem auch zu wissen weshalb wir wie abstimmen.

Es verlangt von jedem gewissenhaft arbeitenden Ratsmitglied ein schier unermessliches Pensum an Aufwand, gut vorbereitet zu den Sitzungen zu erscheinen. Während der laufenden Session bleibt kaum Zeit nachzuholen, was in der Vorbereitungszeit liegen blieb. Zu zahlreich sind die zusätzlichen Kommissionssitzungen, Besprechungen, bundehausbesuchenden Schulklassen, Interessengruppen und Fachseminare, als dass man sich zum ruhigen Aktenstudium zurückziehen könnte.

Glosse

„Christliche Politikerinnen?“



„Von christlichen Politikerinnen erwarte ich ...“ können wir hie und da in Mails lesen, die uns zugeschickt werden. Auslöser dieses Mal war offenbar unser sehr sorgfältig überlegtes, klares Nein zu einer Motion, die pauschalierend und populistisch den humanitären Schutz der verletzlichsten Flüchtlinge im Nahen Osten gefährdete (s. auch Seite 5).

Gibt es „Christliche Politikerinnen“? Wir sind überzeugte politisierende Christinnen! Ohne Verankerung im Evangelium könnten und möchten wir nicht politisieren. Das Menschenbild der Bibel ist unsere Grundlage, um mit Menschen umzugehen und politische Lösungen zu finden. Als Nationalrätinnen stellen wir uns aber auch voll hinter die Bundesverfassung. Beides in Einklang zu bringen ist zuweilen herausfordernd.

In dieser Session eingereichte Vorstösse

Vorstösse Maja Ingold:

[17.3061 Interpellation](#) Überprüfung der humanitären Folgen der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien

Vorstösse Marianne Streiff:

[17.3178 Motion](#) Fairness für Konsumenten, mehr Schutz für die Umwelt

[17.3077 Interpellation](#) Interkulturelles Dolmetschen in der psychiatrischen Behandlung

[17.3046 Interpellation](#) Berücksichtigung der Menschenrechte für Menschen mit Behinderung in der Entwicklungszusammenarbeit

Alle eingereichten Vorstösse der EVP Nationalrätinnen

[Link zu den Vorstössen von Maja Ingold](#)

[Link zu den Vorstössen von Marianne Streiff](#)



Ausgerüstet mit pinkfarbener Wolle und Stricknadeln trafen sich am Weltfrauentag in der Schweiz Menschen, um mit dem Stricken einer Mütze ein Zeichen gegen Sexismus und für die Gleichstellung der Frauen zu setzen. Auch im Bundeshaus haben wir gestrickt, um auf die Gleichstellung der Frauen hinzuweisen. Die strickenden Parlamentsmitglieder (auch Männer übrigens!) wollen damit ihre Solidarität mit der internationalen Bewegung kundtun, die sich seit dem Women's March in Washington Ende Januar formiert hat. Die neue Bewegung setze sich gegen Sexismus und Rückschritte in der Gleichstellung sowie für Toleranz ein.



Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich.

Maja Ingold Marianne Streiff

Impressum:

Verfasst und gestaltet von
Maja Ingold und Marianne Streiff